

# Kampfwahl ums Friedensrichteramt

Karl Heinz Graf und Reto Studer wollen am 18. Juni Urs Bürgi beerben. Im Interview mit der AZ erzählen sie, wieso sie sich für das Amt im Kreis VII im Bezirk Bremgarten zur Verfügung stellen.

Interview: Pascal Bruhin

Mit Karl Heinz Graf (FDP) und Reto Studer (parteilos) stellen sich gleich zwei prominente Kandidaten für die Ersatzwahl vom 18. Juni eines Friedensrichters im Kreis VII im Bezirk Bremgarten zur Verfügung.

Die Ersatzwahl ist nötig, nachdem Urs Bürgi (FDP) zurückgetreten ist. Graf ist ehemaliger Gemeinderat von Sarmenstorf, Studer seit 2015 Pfarrer der Reformierten Kirchgemeinde Kelleramt. Im Interview mit der AZ erzählen die beiden, wieso sie gewählt werden wollen.

**Was hat Sie dazu bewogen, sich für das Amt des Friedensrichters zur Verfügung zu stellen?**

**Karl Heinz Graf:** Ich helfe gerne und grundsätzlich dort, wo man mich braucht. Als ehemaliger Gemeinderat weiss ich, dass Friedensrichter von Parteien gesucht und unterstützt werden – und als die FDP mich über das nun offene Amt informierte, habe ich spontan Ja gesagt.

**Reto Studer:** Das Amt hatte ich ehrlicherweise nie als konkretes Ziel im Blick. Als ich die Ausschreibung las, sprach sie mich aber sofort an. Nach Gesprächen mit aktiven und ehemaligen Friedensrichterinnen und Friedensrichtern und auch mit

**Karl Heinz Graf**

Vor drei Jahren ist der 62-Jährige von Sarmenstorf nach Oberlunkhofen gezogen. Über 33 Jahre lang hat er als Berufsoffizier im In- und Ausland gedient und Kommandos geführt. Der Vater zweier erwachsener Söhne ist geschieden. In seiner Freizeit beschäftigt er sich mit Sport, Kochen oder dem Lesen von Biografien. Zudem hat er als Leiter der Covid-Taskforce im Spital Muri gearbeitet. Er lerne gerne täglich dazu, wie er sagt, sei offen, neugierig und belastbar sowie «stets guten Mutes unterwegs».



meinem privaten Umfeld war für mich dann recht bald klar, dass es «passt».

**Was reizt Sie an dem Amt des Friedensrichters?**

**Graf:** Die Aufgabe und Funktion

**Reto Studer**

Der 43-Jährige ist seit 2015 Pfarrer und Seelsorger in der reformierten Kirchgemeinde Kelleramt. Nach einem Studium der Kommunikationswissenschaften und des Staatsrechts arbeitete er zunächst einige Jahre im Headhunting, bevor er ein Theologiestudium anhängte und anschliessend die Ausbildung zum Pfarrer absolvierte.

In seiner Freizeit ist er derzeit am liebsten an der Seite seiner vierjährigen Tochter anzutreffen: auf den Trottoirs seines Wohnorts Jonen oder auf den Spielplätzen der Region.



an sich, als Mediator und Schlichtungsstelle zu versuchen, eine Einigung zu erzielen – und auch, dass ich finde, dass ein Handschlag zur Beendigung einer gegensätzlichen Position Wunder wirken könnte.

**Studer:** In meinem Beruf erfahre ich immer wieder deutlich, wie wichtig es uns Menschen zwar ist, im guten Einvernehmen mit anderen zu leben, wie stark wir hierzu aber manchmal auf einen Anstoss und auf Hilfe von aussen angewiesen sind. Dazu leiste ich gerne einen Beitrag.

**Welche Qualitäten bringen Sie mit, die Sie für das Amt brauchen?**

**Graf:** Mein Umfeld attestiert mir, dass ich ein sehr aufmerksamer Zuhörer bin. Ich kann offene Dinge ansprechen, analytisch vorgehen, zusammenfügen und Einigungsvorschläge ausarbeiten. Ich verfüge über langjährige Coach- und Mediationserfahrung aus Armee und meinem politischen Umfeld.

**Studer:** Eine meiner grossen Stärken ist es, Situationen und Probleme rasch zu erfassen, zügig zu erkennen, wo der Schuh wirklich drückt. Zudem kann ich zwischen unterschiedlichen Ansichten vermitteln und spreche dabei eine Sprache, die mein Gegenüber versteht. Hinzu kommt, dass ich in meinem ersten Studium Staatsrecht studiert habe und daher ein gewisses Flair für rechtliche Fragestellungen habe.

**Herr Graf, Sie waren ja schon einmal im Gemeinderat an Ihrem früheren**

**Wohnort in Sarmenstorf. Ist für Sie der Wechsel von der Exekutive in die Judikative eine logische Konsequenz?**

**Graf:** Nein – und doch: Als Gemeinderat hatte ich mit so vielen Anliegen – von Asylunterkünften bis hin zur Neubeschaffung eines Tanklöschfahrzeuges – zu tun. Von der Erfahrung mit dem Austausch, den Gesprächen, den Sitzungen, den getroffenen Entscheidungen usw. könnte ich nun profitieren. Ich kenne mich gut aus mit dem Dienstweg und den gesetzlichen Vorgaben.

**Herr Studer, Sie sind als Pfarrer der reformierten Kirchgemeinde Kelleramt tätig. Wie würde Ihnen Ihre theologische Ausbildung bei einer Tätigkeit als Friedensrichter helfen?**

**Studer:** Die theologische Ausbildung, die ja eine eher theoretische Angelegenheit ist, würde mir wahrscheinlich nicht so direkt helfen. Was hingegen sicher hilfreich wäre, ist meine praktische Erfahrung im Umgang mit Menschen in schwierigen, «verfahrenen» Situationen – und mein ständiges Anliegen, Menschen miteinander ins Gespräch zu bringen und so «Verhärtungen» aufzubrechen. Wenn es hilft, kann ich dabei durchaus auch Tacheles reden.

Leserbrief

**Es ist eine Zwängerei**

«Ja-Komitee für den Abstimmungskampf zum Abfallreglement gegründet»  
Ausgabe vom 4. Mai

Jetzt hat das Volk schon viermal Nein gesagt zu Grüngut-Gebühren. Nun kommen sie wieder damit. Die Steuern werden nicht billiger dadurch.

Wir bezahlen ja das Grüngut durch die Steuern. Das Grün im Dorf dient der Natur und uns allen. Das Laub von den Bäumen in den Gärten der Gemeinde bezahlen wir auch alle mit den Steuern. Wir bezahlen in Wohlsein so viele Steuern. Da braucht es nicht noch zusätzlich eine Grüngutgebühr. Der Einwohnerrat sollte die Ausgabenprobleme in den Griff bekommen.

Daniel Meier, Wohlsein

Nachricht

**Gemeinde will Fahrverbot für die Brühlstrasse**

**Hägglingen** Der Gemeinderat will die Brühlstrasse ab Verzweigung Lindenbergstrasse mit einem Fahrverbot für motorisierte Fahrzeuge mit einem Zusatzschild «Landwirtschaft sowie Zufahrt Liegenschaft Brühlstrasse 15 gestattet» belegen. Dieser Abschnitt ist heute als «Sackgasse» signalisiert, wird aber regelmässig befahren, heisst es in einer Mitteilung. Es läuft die Aktenaufgabe. (az)

## «Wir wollen die Abstimmung nicht gefährden»

Das Dottiker Referendumskomitee bezieht Stellung. Am 18. Juni kommt die Sanierung der Tieffurt-Brücke an die Urne.

Nathalie Wolgensinger

Die Gemeindeversammlung von Mitte November des vergangenen Jahres schlägt nach wie vor hohe Wellen in Dottikon. Damals legte der Gemeinderat dem Souverän den Kredit für die Sanierung der Brücke in der Höhe von 500 000 Franken vor. Die Versammlung hiess diesen mit 90:56 Stimmen gut.

Mit diesem Entscheid zeigten sich damals einige Personen nicht zufrieden. Sechs reichten bei der Gemeindeabteilung des Departements Volkswirtschaft und Inneres in Aarau eine Beschwerde ein. Sie rügten darin, dass an der Gemeind gewisse Mängel im Verfahrensablauf gemacht worden seien. Im Kern ging es darum, dass es Vertretenden der Besitzerfamilie des Areals Tieffurtmühle erlaubt worden war, sich an der Versammlung über den Kredit zu äussern.

**Die Beschwerde wurde teilweise zurückgezogen**

Nach Ansicht der Beschwerdeführenden habe es sich um nicht stimmberechtigte Personen gehandelt. Ausserdem hätten sich diese während der Abstimmung in den Ausstand begeben müssen, weil sie ein unmittelbares



Die Tieffurtbrücke in Dottikon soll für 500 000 Franken erneuert und dann autofrei werden.

Bild: zvg

und persönliches finanzielles Interesse am Geschäft hätten, monierten die Einsprechenden weiter.

Die Gemeindeabteilung des Kantons befasste sich mit der Beschwerde und kam zum Schluss, dass die Gemeindever-

sammlung rechtens abgelaufen ist und wies diese ab. Nun meldet sich das Komitee zu Wort und stellt ihre Sicht der Dinge

dar. Es legt Wert auf die Feststellung, dass man sich zuerst mit dem Sammeln der Unterschriften für das Referendum be-

schäftigen musste, bevor die Beschwerde eingereicht werden konnte.

Man habe sich erst nachher beim Rechtsdienst erkundigt, was die Beschwerde bewirken werde. «Eine Gutheissung unserer Beschwerde würde den Gemeindeversammlungsbeschluss ungültig werden lassen und damit unsere Referendumsabstimmung gefährden», schreibt Daniel Zimmermann im Namen des Komitees. Aus diesem Grund habe man die Beschwerde teilweise zurückgezogen und verlangt, dass bloss der Sachverhalt geklärt werde.

Nach wie vor ist das Komitee aber der Meinung, dass der Vertreter der Besitzerfamilie sich nicht als Fachperson hätte äussern dürfen. Zimmermann präzisiert: «Wer an der Gemeindeversammlung anwesend war, konnte unschwer erkennen, dass der nicht stimmberechtigte Gast sich keinesfalls als Fachperson geäussert, sondern ausschliesslich seine eigenen Interessen vertreten hat.» Das liesse sich auch mit Audioaufzeichnungen belegen, ist er überzeugt.

Das Komitee schreibt in seiner Mitteilung, dass man nun alle Hoffnung in den Ausgang der Urnenabstimmung vom Wochenende vom 18. Juni lege.